

Neuerscheinungen: Besprechungen und Hinweise

Im Blickpunkt

Emily Bell, Taylor Owen (Hg.): Journalism After Snowden: The Future of the Free Press in the Surveillance State

New York/Chichester: Columbia UP 2017, 326 S.,
ISBN 9780231176132, USD 25,-

Juni 2013: Edward Snowden, ehemalige technische Fachkraft der NSA, händigt in Hongkong einer Gruppe von Journalist_innen um Glenn Greenwald eine Vielzahl geheimer Dokumente über geheimdienstliche Überwachungsprogramme aus und steht ihnen Rede und Antwort. Bald muss er aus China fliehen und strandet in Moskau. Ausgerechnet Russland gewährt ihm befristetes politisches Asyl.

Der Rest ist mitnichten Geschichte. Nach den ersten Veröffentlichungen über die ‚Snowden Leaks‘ braucht die NSA nur 48 Stunden, um den Verräter zu identifizieren. Demgegenüber war die Identität von ‚Deep Throat‘ – jener Quelle, die 1972 die Watergate-Enthüllungen angestoßen hatte – 33 Jahre lang geschützt geblieben. Erst 2005 hatte sich der ehemalige FBI-Agent Mark Felt selbst offenbart.

Der Zeitvergleich zeigt, dass die von Snowden enthüllten Geheimdienstpraktiken nicht nur politische Friktionen bedeuten, sondern enorme, noch kaum abschätzbare Auswirkungen auf den Journalismus haben. Der Sammel-

band *Journalism After Snowden* versucht sich an einer ersten Folgenabschätzung – und das erfolgreich.

Hervorgegangen ist das Buch aus Forschungen und begleitenden Fachtagungen zum Thema am Tow Center for Digital Journalism der Columbia Journalism School in New York City; herausgegeben wurde er von Tow-Direktorin Emily Bell, einer international angesehenen Expertin für Probleme des Digitalen Journalismus, und dem Professor für Digital Media and Global Affairs Taylor Owen. Die Beiträge stammen in erster Linie von amerikanischen Journalismusforscher_innen, aber auch von namhaften Journalist_innen (wie Alan Rusbridger [ehem. The Guardian] und Jill Abramson [ehem. New York Times]), Jurist_innen und einigen Aktivist_innen aus dem Bereich Presse- und Meinungsfreiheit.

Der Band leistet mehr als nur eine Rekonstruktion des Impacts von Snowden auf den Journalismus und eine Problembeschreibung der Folgen von digital getriebener, global agierender Überwachung (engl. *surveillance*). Viel-

mehr ist in mehreren Beiträgen eine starke Vorwärtsbewegung erkennbar: nämlich der Versuch, auf die Bedrohung der freien Presse durch den Komplex staatlicher Überwachung mit neuen Sicherungsverfahren zu antworten. Denn das ist der Grundbefund: Die durch Snowden offenbarten Möglichkeiten der Einflussnahme von Geheimdiensten wie der NSA schafft vielfache Unsicherheiten für das journalistische Handeln und insbesondere die ohnehin sensible Informant_innenbeziehung. Die übliche Zusage absoluter Vertraulichkeit gegenüber Informant_innen, die sich offenbaren wollen und Insiderinformationen über Missstände anzubieten haben, kann im Wissen um die bloße Möglichkeit zur digitalen Überwachung der Kommunikation nicht mehr gegeben werden. Dies ist nicht nur ein Problem für Journalist_innen (deren Arbeit erschwert wird) und nicht nur eine Gefahr für Informant_innen (die im Falle ihrer ungewollten Identifizierung vielfachen Sanktionen über Kündigung bis hin zum Tod unterworfen sein können), sondern auch ein Nachteil für die freie Gesellschaft, der im Resultat notwendige kritische Informationen, die sie zu ihrer Selbststeuerung bräuchte, vorenthalten werden könnten (vgl. bspw. S.12 und S.265ff.).

Am Anfang des Bandes stehen mehrere Rekonstruktionen des Geschehenen, unter anderem von Glenn Greenwald, aber auch von Snowden selbst, der von Bell interviewt wurde. Das Ergebnis ist ein 27-seitiges Gespräch, das in kleinerer Schrift als der sonstige Band abgedruckt wurde – wohl um nicht noch mehr Raum ein-

zunehmen. Bei der Lektüre staunt man immer wieder über die Klarsichtigkeit dieses Mannes, sein Reflexionsvermögen, das sich auch auf ihm ferner liegende Milieus und Metiers wie eben den Journalismus bezieht. Dafür ein Beispiel: Journalist_innen, so Snowden, hätten eine Verantwortung, „not to exploit tragedy“ (S.77). Terroranschläge und *mass shootings* sollten nicht groß herausgestellt werden, weil es viele wissenschaftlich belegte Hinweise gebe, dass anderenfalls Nachahmungstaten drohten. Wichtig sei die Art und Weise, die Sprache, mit der über terroristische Akte und Akteure berichtet werde. Man solle sie nicht als „masterminds“ (ebd.) von Anschlägen verherrlichen. Wie richtig und notwendig dieser medienkritische Hinweis ist, zeigte sich erst jüngst, als die BILD-Zeitung mit großer Emphase berichtete, Deutschland habe einen ‚Top-Gefährder‘ in den Libanon abgeschoben. Dies erweckt den Anschein, der Mann sei ein Leistungsträger, wenn auch des Todes.

Die Tendenz des Bandes ist deutlich pro-journalistisch und kritisch gegenüber Geheimdiensten und Regierungen, aber auch die andere Sichtweise kommt zu Wort. Dies ist etwa im Beitrag des Washingtoner Anwalts Steven G. Bradbury der Fall, der klarstellt, dass es sehr wohl (Staats-)Geheimnisse gibt, die auch unter den Bedingungen liberaler Verfassungen unter keinen Umständen verraten werden dürfen (vgl. S.14, S.176 und S.177). Zudem wirft er der NSA-Berichterstattung in den USA politischen Sensationalismus und manche Fehldeutung vor.

Es stellt sich die Frage nach geeigneten Handlungsmöglichkeiten. Die Diskussion über die Frage, wie der Informant_innenschutz trotz digitaler Überwachung gewährleistet werden kann, steht noch am Anfang. Hier aber werden erste Antworten gegeben: Journalist_innen müssen sich die Verschlüsselung all ihrer Kommunikationen (beginnend bei der E-Mail) zur Gewohnheit machen. Dies sei übrigens auch eine Aufgabe für die journalistische Ausbildung, worauf Steve Coll, Dekan der Columbia School, hinweist. Über individuelle Lösungen recherchierender Journalist_innen hinaus müssen es die Medienorganisationen selbst als ihre strukturelle Aufgabe erkennen, technische und juristische Verfahren zum Quellenschutz zu entwickeln – so die Forderung von Trevor Timm, Mitbegründer der Freedom of the Press Foundation. Das alles sind Entwicklungsaufgaben, die sich so natürlich auch auf Deutschland und Europa anwenden lassen.

Gegen Ende des Bandes erinnert Eben Moglen, ein Aktivist für Inter-

nettfreiheit, daran, dass von Überwachung nicht nur Journalist_innen und ihre Informant_innen betroffen sind, sondern ebenso sehr die Medienrezipient_innen. Wenn höhere Instanzen wissen können, was eine Person zu ihrer Information gelesen hat, dann sei George Orwells *1984* (1949) nicht weit: „That’s censorship. That’s book burning“ (S.270), heißt es provokativ in Moglens Polemik, die erstmals auf der re:publica 2012 in Berlin vorgetragen wurde.

Schließlich erinnern mehrere Beiträge auch an (rechts-)politische Aufgaben. Es gehe darum, das Recht von Journalist_innen, dem Staat die Offenlegung ihrer Quellen zu verweigern, nachdrücklich zu verteidigen sowie den Schutz von Whistleblowern zu verbessern. Nötigenfalls müsse dies auch in Form neuer Gesetze passieren. All das sind sehr konkrete Vorschläge und Forderungen, aber für die USA *under Trump* derzeit leider eine ferne Utopie.

Volker Lilienthal (Hamburg)